LANDESBEAUFTRAGTER
FÜR POLITISCHE
BILDUNG

DR. CHRISTIAN MEYER-HEIDEMANN

Der Landesbeauftragte für politische Bildung Schleswig-Holstein
Karolinenweg 1, 24105 Kiel

An den
Vorsitzenden des Bildungsausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Martin Habersaat, MdL

- ausschließlich per E-Mail -

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Mein Zeichen: LBpB
Meine Nachricht vom:
Bearbeiter/in: LBpB 3

Telefon (0431) 988-1647

christian.meyer-heidemann@landtag.ltsh.de

27. Januar 2025

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/4310

Stellungnahme zu den Anträgen Medienbildung an Schulen braucht solide Grundlagen der Fraktion der SPD (Drucksache 20/2583) sowie Medienbildung stärken und zeitgemäß fortentwickeln der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 20/2694)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

ich bedanke mich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem o. g. Gesetzentwurf und nehme zu einzelnen Aspekten des Entwurfes wie folgt Stellung:

1. Vorbemerkung: Es herrscht sicherlich Einigkeit darüber, dass die Medienbildung ein unverzichtbarer Bestandteil der schulischen Bildung ist. Durch die digitale Transformation haben sich nahezu alle Lebensfelder maßgeblich verändert oder befinden sich in einem Veränderungsprozess. Die Art und Weise, wie Informationen gewonnen, wie Meinungen und Positionen zu gesellschaftlichen und politischen Themen gebildet werden, ist aus Sicht der politischen Bildung – aus deren Perspektive ich hier Stellung nehme – von zentraler Bedeutung. Daher ist es sehr zu begrüßen, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag über die Stärkung und Weiterentwicklung der Medienbildung berät.

2. Politische Medienbildung: Medienbildung und politische Bildung sind eng miteinander verwoben, bedingen sich gegenseitig und sind in Zeiten digitaler Informationsroutinen und demokratischer Debatten im Netz höchst relevant. Eine politische Medienbildung, wie sie die Zentralen für politische Bildung in ihrem Positionspapier[1] umrissen haben, ist auch aus meiner Perspektive unverzichtbar. Das erst im Dezember 2024 veröffentlichte „Berliner Plädoyer für mehr Medienkompetenz und Demokratiebildung“ der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) zeigt neben der aktuellen Relevanz

[1] Zentralen für politische Bildung (2022). Positionspapier politische Medienbildung. [Online] https://www.lpb-bw.de/fileadmin/lpb_hauptportal/pdf/Positionspapier_politische_Medienbildung.pdf (abgerufen 11.01.2025)

ebenfalls Schnittmengen, die Aktualität des Themas sowie Implikationen anschaulich auf.[2] Die Nachfrage nach Angeboten wie diesen ist sehr hoch, der fachliche Bedarf aus meiner Sicht enorm. Unser Schulprojekt „Tatort Soziale Netzwerke“, dass sich Desinformation und Verschwörungsmythen auf Social Media widmet und handlungsorientierte politische Medienkompetenz vermittelt, erfreut sich seit 2021 enormer Beliebtheit. Diese und weitere Schnittstellen zwischen Politik- und Medienkompetenz sollten sowohl im Rahmen des Fachunterrichts Wirtschaft/Politik, als auch fächerübergreifend sowie im Rahmen von außerunterrichtlichen Angeboten von Lehrkräften und Medienbildnerinnen und –bildnern verstärkt vermittelt werden. Politische Medienbildung ist ein Thema, mit dem sich Schülerinnen und Schüler bereits ab der Primarstufe und daran nahtlos anknüpfend in der Sekundarstufe I auseinandersetzen sollten. Daher sollten für die Orientierungsstufe (Klassen 5 und 6) hinreichende Ressourcen für fächerübergreifende und außerunterrichtliche Angebote zur Verfügung gestellt werden. In der Mittelstufe sollte zusätzlich die Ausweitung des Faches Wirtschaft/Politik angestrebt werden, damit die politische Medienbildung eine gesicherte unterrichtliche Verankerung erhält.

3. Fachkräftefortbildung: Medienbildung ist ein dynamisches Feld, dass durch technische Fortschritte sowie das sich stets verändernde Mediennutzungsverhalten eine stete Fort- und Weiterbildungsstruktur erfordert. Daher muss aus meiner Perspektive ein gutes, flächendeckendes und dauerhaftes Fortbildungsangebot für Lehrkräfte aber auch Fachkräfte der Jugendarbeit sichergestellt werden. Vorrangig dem Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen (IQSH) wird die Aufgabe zuteil, in dem Themenfeld politische Medienbildung und allgemeine Medien- und Informationskompetenz zeitgemäße, flächendeckende und attraktive Fort- und Weiterbildungsangebote noch mehr als bisher anzubieten. Die Zielgruppe Schulleitungen (nicht zuletzt hinsichtlich einer Schulentwicklung unter digitalen Vorzeichen) sind hier anzudenken. Weitere landesweite Anbieter wie die Medienkompetenzarbeit des Offenen Kanals Schleswig-Holstein oder die weiteren Mitglieder des Netzwerks Medienkompetenz Schleswig-Holstein halten Angebote bereit, die unterstützt werden sollten.

4. Ländlicher Raum: Viele außerunterrichtliche Angebote der Medienbildung sind projektgebunden und/oder auf die urbanen Räume beschränkt. Aus meiner Sicht sollten Überlegungen angestrengt werden, ein verlässliches Angebot an Medienbildung auch in den ländlichen Regionen fest zu etablieren. Neben den bereits beschriebenen Maßnahmen schlage ich daher vor, auch außerschulische Lernorte wie Lokalredaktionen, die Volkshochschulen sowie die Bibliotheken und Büchereien im Land als Partnerinnen und Partner sowie Anbieter von Medienbildung einzubinden.

5. Erste Lehren aus ICILS: Die aktuelle ICILS-Studie 2023[3] zeigt neben rückläufigen mittleren computer- und informationsbezogenen Kompetenzen (jedoch über dem internationalem Durchschnitt) lediglich 40,8% der Achtklässlerinnen und Achtklässler mit „rudimentären und basalen Kompetenzen“. Neben der weiterhin offensichtlichen Widerlegung der These, es gäbe eine medienkompetente Generation qua

[2] Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V. (GMK) (2024). Berliner Plädoyer für mehr Medienkompetenz und Demokratiebildung. [online] https://mehr-medienkompetenz.gmk-net.de/wp-content/uploads/2025/01/Berliner_Plaedoyer_fuer_mehr_Medienkompetenz_und_Demokratiebildung.pdf (abgerufen 13.01.2025)

[3] Eickelmann, B., et. al. (Hrsg.). (2024). ICILS 2023 #Deutschland. Computer- und Informationsbezogene Kompetenzen im Bereich Computational Thinking von Schüler*innen im internationalen Vergleich. Münster/New York: Waxmann. Online verfügbar (CC-BY-NC-SA 4.0): https://www.waxmann.com/index.php?eID=download&buchnr=4949

Verfügbarkeit digitaler Endgeräte („Digital Natives“) zeigt die Studie erneut eine starke Korrelation zwischen dem Kompetenzniveau der Schülerinnen und Schüler und sozialen und herkunftsspezifischen Faktoren. Für die Frage nach der Medienbildung im Land heißt das meiner Auffassung nach, dass neben weiter notwendigen Investitionen in Geräte (Schleswig-Holstein ist hier auf einem guten Weg) auch generell die Zusammenhänge zwischen Eltern, Lehrkräften und den Lernenden, hinsichtlich des Abbaus von Bildungsungerechtigkeiten zu beforschen und begleiten wären. Auch mit Blick auf die unterschiedlichen Kompetenzniveaus je Schulform bietet sich eine systematische Prozessbegleitung hinsichtlich schulischer Medienbildungsweiterentwicklungen an.

Für eventuelle Rückfragen im weiteren parlamentarischen Beratungsprozess stehe ich Ihnen wie immer gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Christian Meyer-Heidemann
Landesbeauftragter für politische Bildung